

15. Dezember 2006
Wienweb.at

Häupl

"Keine rechtlichen Schritte gegen Au-Besetzer"

Das Thema Lobau hat am Freitag den Wiener Gemeinderat beschäftigt: Die ÖVP hatte eine dringliche Anfrage wegen der Au-Besetzer eingebracht und von der Stadt Wien rechtliche Schritte gefordert. Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) Antwort auf die Frage, welche konkrete Verpflichtung der Stadt bestehe, den rechtsgültigen Bescheid für die Probebohrungen durchzusetzen, lautete: "Keine".

Die Stadt Wien wäre nicht verpflichtet, für einen reibungslosen Ablauf der Bohrungen zu sorgen, erklärte Häupl. Außerdem würde das Camp der Besetzer außerhalb des Nationalparks liegen, also auch außerhalb Wiens. Rechtliche Schritte wären dem Projektbetreiber - der ASFINAG - vorbehalten. Der Grüne Umweltsprecher Rüdiger Maresch hält solche aber seitens der ASFINAG für sehr unwahrscheinlich, sagt er im Gespräch mit wienweb.at/W24: "Das ist keine österreichische Tradition. Rechtliche Schritte hat es weder in Hainburg noch gegen die Besetzer des Bacherparks gegeben."

Außerdem könne sich die ASFINAG keine rechtlichen Schritte gegen die Besetzer leisten, meint der Gemeinderat, und auch nicht die Probebohrungen. Tatsächlich ist die ASFINAG hoch verschuldet, was auch ein Thema in den Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP ist. Maresch plädiert für eine Nachdenkpause. Die Besetzung der Lobau geht vorerst weiter. (am)

Link zum Online-Artikel:

<http://www.wienweb.at/content.aspx?id=121865&cat=22&channel=2>